

Schriften des Landtages Brandenburg Heft 5/2009

Festveranstaltung „20 Jahre friedliche Revolution, 20 Jahre Mauerfall“

St. Nikolaikirche Potsdam, 18. November 2009



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G

St. Nikolaikirche Potsdam.



Inhalt

07

Begrüßung

Gunter Fritsch

11

Geistliches Wort

Dr. Markus Dröge

15

Festvortrag

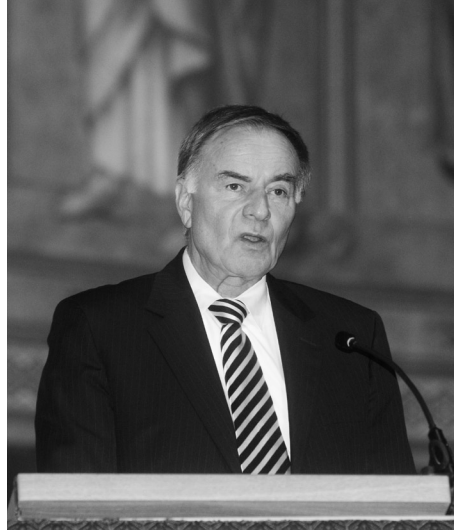
Prof. Dr. Władysław
Bartoszewski

Gunter Fritsch

Präsident des Landtages
Brandenburg

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Prof. Bartoszewski, sehr geehrter Herr Präsident Dr. von Weizsäcker, Herr Ministerpräsident Matthias Platzeck, Exzellenzen, sehr geehrter Herr Vizepräsident des Verfassungsgerichts Darwin, meine Damen und Herren Abgeordnete und Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrter Herr Landesbischof Dröge, dass Sie gerade 4 Tage nach Ihrer Amtsübernahme heute bei uns sind, freut mich ganz besonders. Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren!
Ich freue mich, Sie so zahlreich hier in der Nikolaikirche in Potsdam begrüßen zu können.
Ganz besonders begrüße ich den Botschafter der Republik Polen S. E. Herrn Dr. Marek Prawda und seine Frau, den Botschafter Österreichs S. E. Herrn Dr. Scheide, den Gesandten der tschechischen Republik Milan Coupek, den Vertreter der amerikanischen Botschaft Herrn Glass, den Vorsitzenden und Stellvertreter des Sejmihs der Wojewodschaft Groß-Polen Herrn Dymarski und Herrn Czerwinski



Gunter Fritsch

und aus unserer Nachbarwojewodschaft Lubuskie Herrn Gierczak sowie den Erzbischof von Berlin Georg Kardinal Sterzinsky. Des Weiteren begrüße ich den ersten Ministerpräsidenten unseres Landes Dr. Stolpe sowie unseren ersten Präsidenten des Landtages Brandenburg Dr. Knoblich und die ehemaligen Abgeordneten der 1. Legislaturperiode.

Vielen Dank, dass Sie gekommen sind.

„20 Jahre Mauerfall“ – darüber ist in den letzten Tagen vielerorts gesprochen worden, und es gab zahlreiche Veranstaltungen zum Jubiläum. Erst vor wenigen Tagen haben wir hier in Potsdam gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Öffnung der Glienicker Brücke gefeiert.

Heute begeht der Landtag Brandenburg dieses historische Ereignis mit einem zentralen Festakt. Wir danken besonders der Kirchgemeinde St. Nikolai,

dass wir unsere Veranstaltung hier in der Nikolaikirche durchführen können.

Sie ist genau der richtige Ort für diesen Festakt. Sie alle wissen, welche wichtige Rolle die Kirchen in der DDR gespielt haben. Sie waren für viele Menschen eine Heimat, auch Heimat für ihre Gedanken, die sie nicht öffentlich äußern konnten.

*„Die Menschen sind
aufgestanden und
haben sich friedlich
für die Erfüllung ihrer
Träume eingesetzt“*

Heute blicken wir zwanzig Jahre zurück. Viele, die den November 1989 aktiv miterlebt haben, werden mir darin zustimmen, dass diese 20 Jahre in Windeseile verstrichen sind.

Heute halten wir die hastig vorbeiziehenden Zeiger der Uhr für kurze Zeit fest und gedenken festlich der friedlichen Revolution. Ich freue mich, dass viele hochrangige Gäste gekommen sind, die damals wichtige Beiträge geleistet haben und dieses Ereignis mit uns heute hier gemeinsam begehen.

Noch im Sommer 1989 schien es völlig unmöglich, dass die DDR von der Landkarte verschwinden sollte. Zwar gab es deutliche Anzeichen, wie die Wirtschaftskrise seit den 70er Jahren, zunehmende Distanz der Bevölkerung

zum DDR-Regime und schließlich die politischen Veränderungen im Umfeld, die Initiativen Gorbatschows, die Öffnung des eisernen Vorhanges in Österreich und Ungarn und Massenflucht über die „Grüne Grenze“.

Die Krönung war die Fälschung der Ergebnisse der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989. Die Folge: Massendemonstrationen zum 40. Jahrestag der DDR. Der Durchbruch war die „Leipziger Montagsdemo“ am 9. Oktober; weitere Demonstrationen folgten, und es gingen immer mehr Menschen auf die Straßen.

An den holprigen Auftritt von Günter Schabowski in einer Pressekonferenz am 9. November, den sicher jeder kennt, sei an dieser Stelle erinnert. Den denkwürdigen 9. November 1989 beschreibt Friedrich Schorlemmer als Traumnacht, die wir mit vollem Bewusstsein erlebt haben.

Dem voran ging die größte Demonstration in der Nachkriegsgeschichte am 4. November auf dem Alexanderplatz. Der Wert dieses 4. Novembers liegt darin, dass die Menschen aufgestanden sind und sich friedlich für die Erfüllung ihrer Träume eingesetzt haben.

Darauf können Sie – können wir – stolz sein.

Wir Deutschen sollten allerdings nicht vergessen, dass der Anstoß zu den Bürgerbewegungen im ehemaligen Ostblock, der zur Niederreißung des eisernen Vorhanges geführt hat, mit der Solidarność von Polen ausgegangen ist. Und wir werden auch die Unterstützung Polens beim Prozess der deutschen Einigung nicht vergessen. Daher sind wir dem polnischen Volk dankbar, dem im

deutschen Namen so viel angetan wurde.

Daher freue ich mich, dass wir heute Herrn Bartoszewski als Festredner gewinnen konnten, der ein Symbol für die deutsch-polnische Verbundenheit geworden ist.

Dr. Markus Dröge

Bischof der Evangelischen Kirche
Berlin-Brandenburg-schlesische
Oberlausitz

Sehr geehrter Herr Staatssekretär
Bartoszewski,
sehr geehrter Herr Landtags-
präsident Fritsch,
sehr geehrter Herr Kardinal Sterzinsky!

I.
„Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben.“ Unter diesem biblischen Leitwort begehen unsere Kirchengemeinden heute den Buß- und Betttag. Dieser Tag bietet die Möglichkeit, still zu werden. Viele Menschen überprüfen die eigenen Lebenshaltungen. Sie nehmen eine Art „Auszeit“ und treten in eine innere Zwiesprache mit Gott ein. Es eröffnet sich ein Zeitfenster, in dem ich mich frage, was ich meinen Mitmenschen schuldig geblieben bin. Ich bitte an diesem Tag Gott in besonderer Weise um Vergebung für eigenes Versagen und vertraue ihm im Gebet an, was mich umtreibt und wofür ich sein Geleit erbitte.

Einzelne Personen treffen am Buß- und Betttag die Entscheidung, dass sie den Streit mit dem sturen Nachbarn beenden wollen. Sie nehmen eine Flasche Rotwein und klingeln an der Haustür nebenan. Eine Tür öffnet sich, ein Gespräch wird möglich, und wenn es gut



Dr. Markus Dröge

geht, dann lassen sich die strittigen Fragen besprechen. Die Wahrheit erhält ihre Chance, beide Seiten gestehen eigene Fehler ein und Missverständnisse werden ausgeräumt. Das ist die Sternstunde gelebter Versöhnung.

II.
Am Buß- und Betttag 2009 blicken wir voller Dankbarkeit auf die friedliche Revolution im Herbst 1989 zurück und erinnern uns an den Mut zahlreicher Bürgerinnen und Bürger.

Am Morgen des 9. Oktobers 1989 verabschieden sich in Leipzig Kinder von ihren Eltern und Eltern von ihren Kindern. Sie sagen sich so Lebewohl, dass es notfalls für immer reichen muss. In den Außenbezirken der Stadt stehen Panzereinheiten. Die Messehallen und die Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg sind als provisorische Internierungslager vorbereitet. Eine Leipziger Schuldirektorin schickt schon am Morgen alle Schüler wieder nach Hause: „Etwas Schlimmes wird heute gesche-

hen“. Das Sankt-Georg-Krankenhaus räumt eine ganze Station für die Verwundeten des Abends. Die Ärzte und Schwestern des Universitätsklinikums erfahren, dass sie sich besonders auf Schlag- und Schussverletzungen einstellen sollen. Leichenwagen stehen bereit. Die 21. Volkspolizeibereitschaft „Arthur Hoffmann“ hat den Befehl erhalten, anstelle der neuen die alten Kampfpanzüge zu tragen – wegen der farbigen Flüssigkeit in den Wasserwerfern zur „Markierung“ der Fliehenden.

Beim Schlusschoral des montäglichen Friedensgebets öffnet Pfarrer Christian Führer die Türen seiner Kirche, und was er sieht, ist ein biblisches Wunder. Der Vorplatz schwarz von Menschen und hell von Kerzen. Die Mutigen und die Ängstlichen, die Entschlossenen und die Zögerlichen, alle waren gekommen, weil sie wussten, dass ihnen nur ihre Zahl eine Chance geben wird. 70.000, das wird man erst später wissen, strömen – meist stumm – langsam auf den Innenstadtring. Man musste nicht Christ sein, um Gottes Geist über diesem Zug zu spüren. Ohne Anführer, ohne festgelegte Route, ohne Programm. Vorbei an den schreckstarren Polizeiketten. 70.000 – das lag jenseits des Vorstellbaren. Es machte alle Einsatzpläne zu Papier.

Zahlreiche Menschen erinnern sich in diesen Tage voller Freude und Dankbarkeit an ihre ersten Schritte auf dem Weg in die Freiheit.

Im vereinigten Deutschland und im zusammenwachsenden Europa haben wir zu einem Frieden gefunden, von dem, obwohl er nicht ideal ist, unsere

Väter und Mütter nicht einmal zu träumen wagten. Es gehört zu den Wundern unserer Zeit, dass der Kalte Krieg ohne heißen Krieg ein Ende fand und dass der Eiserne Vorhang ohne Krieg überwunden wurde.

Heute gilt es, daran anzuknüpfen, dass unsere Freiheit vor 20 Jahren tapfer errungen wurde. Es geht nun um die Bewahrung der wieder gewonnenen Freiheit und um das Festhalten an den gewonnenen Einsichten. Dafür haben zahlreiche Menschen in Ostdeutschland, ja in ganz Osteuropa auf ganz unterschiedliche Weise große Opfer gebracht.

Insofern ist es für uns alle eine große Ehre, dass Sie, sehr geehrter Herr Bartoszewski, heute bei uns sind. Der polnischen Oppositionsbewegung, insbesondere den Gründungsmitgliedern der Solidarnosc, wissen wir uns in großer Dankbarkeit verbunden. Ihr frühes Eintreten für das Recht auf freie Meinungsäußerung steht uns ebenso beeindruckend vor Augen wie die ersten Verhandlungen an dem dann so berühmten „Runden Tisch“. Die Entschiedenheit, mit der Ihre Landsleute für die Freiheit Polens eintraten, ist beeindruckend und unvergessen.

III.

Die Ergebnisse der Landtagswahl vom 27. September 2009 und die Regierungsbildung der neu an den Start gegangenen rot-roten Koalition habe ich – wie Sie sich vielleicht denken können – mit besonderem Interesse verfolgt. Als designierter Bischof einer Landeskirche, die ihre Kirchengemeinden in Berlin und

Brandenburg sowie in der schlesischen Oberlausitz vertritt, wurde mir schnell deutlich, dass zwar auch die Bundeshauptstadt eine große Themenvielfalt bereithält, dass aber derzeit Brandenburg eher für überregionale Aufmerksamkeit sorgt. Dazu eine minimale Kostprobe aus einer der Sonntagszeitungen der zurückliegenden Wochen. Mit Freude las ich folgende Passage in meinem Koblenzer Pfarrhaus: „Es gibt Länder, wo was los ist. Es gibt Länder, wo richtig was los ist. Und es gibt Brandenburg“ (FAS Nr. 45 v. 8. 11. 2009, S. 5). Nun bin ich hier bei Ihnen, sehr gespannt darauf, was hier wirklich los ist.

Natürlich habe ich nach den wenigen Tagen in meiner neuen Aufgabe nicht vor, eine abschließende Einschätzung der Lage abzugeben. Doch bereits aus der Ferne und in den ersten Gesprächen im Bischofsamt wird mir deutlich, welche Aufgaben nach 20 Jahren des gemeinsamen Lebens im wiedervereinigten Deutschland vor uns allen liegen, insbesondere vor den Bürgerinnen und Bürgern Ostdeutschlands. Gern überbringe ich Ihnen deshalb die Zusage, dass zahlreiche Christinnen und Christen auch weiterhin in der Verantwortung vor Gott und Menschen der Stadt Bestes suchen wollen und für sie beten werden.

IV.

„Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben.“ Auf der Linie des biblischen Leitwortes für den Buß- und Bettag sehe ich eine vielversprechende Spur, der es zu folgen lohnt. Die Präambel des neuen Koaliti-

onsvertrags nimmt diesen Ton auf, indem sie formuliert: „Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben. Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht in Missachtung von Freiheit und Demokratie. Wir werden die Lehren der Geschichte umfassend beherzigen und weitergeben. Unser Respekt und unsere Zuwendung gelten den Opfern der Diktatur, das Andenken an erlittene Repressalien werden wir wachhalten.“

„Versöhnung setzt Klarheit und Wahrheit im Blick auf die eigene Geschichte voraus“

Dieses klare Postulat lese ich als eine Selbstverpflichtung. Und ich ahne, dass Sie in der Ausübung von Regierungsverantwortung ebenso wie in der Wahrnehmung der Verpflichtungen als Abgeordnete des Landtags, in der öffentlichen Debatte bis hin zur Gestaltung von Geschichtsbüchern für Schülerinnen und Schüler einen schweren Weg vor sich haben.

Zur Aufarbeitung des SED-Unrechts gibt es keine Alternative. Versöhnung setzt Klarheit und Wahrheit im Blick auf die eigene Geschichte voraus. Ein Beschweigen der Geschichte ist inakzept-

tabel. Im Gegenteil, in der christlich-jüdischen Tradition gilt die Erinnerung als das Geheimnis der Erlösung. Insofern hoffe ich darauf, dass in den Brandenburger Schulen, an den Küchentischen, im Parlament und in öffentlichen Veranstaltungen das Fragen nach dem, was war, nicht aufhört. Manche sagen, es wird wohl erst richtig beginnen.

V.

„Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben.“

Gemessen an den Herausforderungen, die seit 1989 angepackt wurden, bin ich zuversichtlich, dass auch die nächsten Schritte gelingen können. Wahrheit und Versöhnung bilden dafür die nötige Grundlage. Der Weg in die Zukunft hängt davon ab, wie Gegenwart und Vergangenheit gedeutet werden. Daraus entwickelt sich ein Selbstverständnis, das den Zukunftsentscheidungen zugrunde liegt.

Jede Pfarrerin und jeder Pfarrer, der den Dienst in einer der brandenburgischen Kirchengemeinden aufnimmt, legt ein Ordinationsversprechen ab, an das er gebunden ist. Unter anderem findet sich darin die Verpflichtung, keine und keinen verloren zu geben. Vielleicht gelingt es dem brandenburgischen Landtag und der neuen Regierung in Potsdam, in diesem Sinne Verantwortung auszuüben, ausgerichtet an den beiden Leuchtfeuern der Wahrheit und der Versöhnung. Das ist mein Wunsch für Sie am heutigen Buß- und Betttag. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Prof. Dr. Władysław Bartoszewski

Staatssekretär, Beauftragter des polnischen Premierministers für internationale Fragen und ehemaliger Außenminister der Republik Polen

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Fritsch, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Herr Landesbischof Dr. Dröge, Herr Kardinal Sterzinsky, geschätzte Damen und Herren, jeder von uns hat 1989 anders erlebt, und dennoch ist der Erfolg des Mitwirkens beim Umbruch vor zwanzig Jahren eine gesamteuropäische Erfahrung. Eine Erfahrung, die verbindet. Trotzdem: in jüngster Zeit konnte man einen eigentümlichen Wettstreit über den „Vorrang in der Geschichte“ beobachten. Dabei wurde mitunter der Fall der Berliner Mauer zum Symbol für die Wiedererlangung der Freiheit und Einheit Europas erhoben. In Polen bewertete man dieses Vorgehen oftmals als Bagatellisierung oder gar Abwertung der Errungenschaften der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“, mit der die Epochenwende im östlichen Europa ihren Ausgang nahm. Ich halte diese Sichtweise für ein großes Missverständnis! Denn alle großen historischen Umbrüche bildeten stets das Ergebnis des zeitgleichen Aufeinandertreffens zahlreicher Einzelfaktoren.



Prof. Dr. Władysław Bartoszewski

Die friedliche Revolution von 1989 hat eine lange – und wenn man sie genau betrachtet – gar nicht so friedliche Vorgeschichte. Zu Beginn dieses langjährigen Prozesses liegen verschiedene Ereignisse, wie jene des 17. Juni 1953 in Berlin, wie die blutig niedergeschlagenen Proteste im polnischen Posen im Juni 1956 und der Oktoberaufstand in Ungarn im gleichen Jahr. Das Kalendarium des Freiheitsstrebens umfasst auch solche Meilensteine wie der Prager Frühling von 1968, wie Arbeiterproteste in Danzig 1970 oder 1976 im polnischen Radom und in der Warschauer Vorstadt Ursus. Die Papstwahl von 1978 hat unter ihnen besonderen Platz. Seine Worte „Hab keine Angst!“ wurden an der Weichsel, in der alten Heimat des Heiligen Vaters, zur Ermutigung für Millionen. Ermutigung und Hoffnung brachte auch die 1979 veröffentlichte Enzyklika Redemptor hominis, wo über Menschenrechte im Osten erstmals mit westlicher Sprache die Rede ist. Zu diesem Kalendarium des europäischen Weges zur

Freiheit gehören genauso fröhliche wie tragische Abschnitte: die Gründung von Solidarność in 1980 und die gewaltige Unterdrückung der sich vorzeitig ankündigenden neuen Ära durch die Einführung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981.

„Der Erfolg des Mitwirkens beim Umbruch vor zwanzig Jahren ist eine gesamteuropäische Erfahrung“

Die Vorboten des friedlichen Umbruchs waren für uns alle hinter dem eisernen Vorhang im Wesentlichen ähnlich. Die sowjetische Planwirtschaft hatte den Ostblock an den Rand des ökonomischen Zusammenbruchs geführt. Der von der KSZE-Konferenz initiierte Verständigungsprozess ließ die osteuropäischen Länder etwas „offener“ werden, wobei sich die dortigen gesellschaftlichen Proteste auch auf die Einhaltung der Menschenrechte erstreckten. Die politischen und wirtschaftlichen Strukturen der UdSSR gerieten schließlich vollends ins Wanken. Polen war hingegen das einzige Ostblockland, in dem sich verschiedene oppositionelle Gruppierungen gegenüber dem Regime nachhaltig zu festigen vermochten. Die Ausnahmestellung meines Landes

resultierte zweifellos aus der herausragenden Rolle der katholischen Kirche im gesellschaftlichen Leben. Anfang der 1980er Jahre nahm die soziale Protestbewegung in Polen im Unterschied zu anderen Ostblockstaaten eindeutig politische Ausmaße an. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Protest gegen die kommunistische Herrschaft in Polen unter besonderen Vorzeichen stand, die den Kern seiner staatlichen Existenz berührten. Polen war ja der nationalsozialistischen Aggressionspolitik als erstes Land zum Opfer gefallen und wurde 1944/45 selbst zum Objekt der territorialpolitischen Beschlüsse der Siegermächte des 2. Weltkrieges.

Im Vorfeld der demokratischen Wende von 1989 war man sich daher bewusst, dass die politische Befreiung des Landes unbedingt im territorialen Rahmen der vom 2. Weltkrieg geschaffenen Realitäten stattfinden musste. Der polnischen Bevölkerung fiel diese Entscheidung zunächst keineswegs leicht. Dennoch stieß diese Sicht der Dinge letztlich auf allgemeines Verständnis und breite Zustimmung. Die „Solidarność“ wurde rasch zum Herold der politischen Freiheit und Unabhängigkeit der Nation. Dies beinhaltete auch die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Als der damalige KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow am 7. Oktober 1989 anlässlich des 40-jährigen Bestehens der DDR darauf hinwies, dass die Wiedervereinigung Deutschlands „vielleicht in hundert Jahren“ möglich sein werde, galt diese Prognose als große politische Sensation. Die Regimegegner in Polen hielten

derweil konsequent an der Auffassung fest, dass parallel zur politischen Befreiung der Völker im östlichen Europa auch das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen anerkannt werden müsse! Diese Sichtweise gehörte zum Grundkanon der demokratischen Oppositionsbewegung bei der Konzipierung der zukünftigen Außenpolitik eines freien Polen.

Die Epochenwende von 1989 muss also in größeren Zusammenhängen bewertet werden. Denn sie führte nicht nur in Polen zu tiefgreifenden Veränderungen durch die Vereinbarungen am „Runden Tisch“, die halbdemokratischen Sejm-Wahlen vom 4. Juni 1989 und die erste nichtkommunistische Regierung Ostmitteleuropas unter Tadeusz Mazowiecki. Diese epochale Zäsur ebnete auch den DDR-Bürgern den Weg für die massenhafte Auswanderung in die Bundesrepublik und mündete in den Fall der Berliner Mauer. Polen und Deutsche sollten daher gemeinsam der Ereignisse dieses Jahres gedenken. Denn das Jahr 1989 hat endgültig gezeigt, wie sehr die fundamentalen Interessen beider Völker untrennbar miteinander verwoben sind. Es ist geradezu von symbolischer Bedeutung, dass die Berliner Mauer ausgerechnet während des Polenbesuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl bezwungen wurde. Kohl unterbrach angesichts dieses denkwürdigen Ereignisses kurzfristig seinen Aufenthalt in Warschau, um direkt vor Ort in Berlin zu sein. Unmittelbar darauf kehrte er wieder nach Polen zurück, und ein Jahr später, am 14. November 1990, wurde der deutsch-polnische Grenzvertrag unterzeichnet. Diese grundlegende De-

klaration des politischen Willens erwies sich für den Umbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen als richtungweisend.

Bundeskanzler Kohl berief sich in Warschau 1989 ausdrücklich auf die Zukunftsvision der Gründerväter des vereinigten Europa: „Lasst uns gemeinsam auf dieses große Europa zugehen – unser Europa, in dem wir alle Platz finden. Ein Europa, in dem die Vision Konrad Adenauers Wirklichkeit wird. Gegen Ende seines Lebens sagte er (Adenauer), dass die Freiheit in diesem Europa größere Bedeutung haben werde als Grenzen. Gehen wir also gemeinsam diesen Weg!“ Premierminister Mazowiecki erinnerte nach diesen Worten an die eher „zurückhaltende“ Einstellung der westlichen Demokratien gegenüber der „Solidarność“ in den 1980er Jahren und rief die deutsche Seite zu größerer Entschiedenheit im politischen Handeln auf: „Möge Euer Mut dem Mut unserer demokratischen Veränderungen entsprechen“.

1989 konzentrierte sich die Politik der Republik Polen unter Premierminister Mazowiecki und Außenminister Krzysztof Skubiszewski im Wesentlichen auf folgende Fragen:

- 1) Schaffung gutnachbarschaftlicher Beziehungen (zu Beginn der 1990er Jahre „veränderten sich“ übrigens alle Nachbarstaaten Polens!)
- 2) Etablierung einer soliden Regionalpolitik im östlichen Europa sowie
- 3) Restituierung des genuinen Orts Polens unter den demokratisch und marktwirtschaftlich verfassten Staaten Europas. Letztere Grundorientierung hatte von Anfang an

eine möglichst rasche Assoziierung Polens mit der Europäischen Gemeinschaft und später auch den Beitritt zu NATO und EU im Blick.

Einerseits ging es darum, mein Land innerhalb der demokratischen Staatengemeinschaft fest zu verankern und es dauerhaft an deren territoriale Integrität zu binden. Zugleich aber – und dies war gleichsam die zweite Grundnorm der polnischen Außenpolitik nach 1989 – sollte Polen erneut seinen ureigenen Platz unter denjenigen Staaten einnehmen, die auf einem gemeinsamen Wertesystem gründen. Die verfassungsrechtliche Entwicklung Polens musste daher dauerhaft auf das System der westlichen Demokratien ausgerichtet werden, also u. a. auf Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Schutz des Privateigentums.

Eines der wichtigsten Ziele der polnischen Außenpolitik nach 1989 bildete die Neuordnung der Beziehungen Polens zu den Nachbarn im Osten, Süden und Westen. Dabei ist zu betonen, dass entlang der Grenzen Polens damals noch überall Staatenbildungsprozesse in Gang waren, wobei es im Westen rasch zur Wiedervereinigung der beiden geteilten deutschen Staaten kam. Das demokratische Polen hat diesen Prozess stark unterstützt, wobei man die deutsch-polnische Zusammenarbeit zugleich als bedeutenden Bestandteil der neuen Staatenordnung Europas und als wesentliche Voraussetzung für die rasche Einbindung Polens in den europäischen Integrationsprozess ansah.

Der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands verlief parallel zur ersten

Etappe der politischen Transformation in Polen und war für Warschau von fundamentaler Bedeutung: Das demokratische Gesamtdeutschland sollte Polen den Weg in die europäische Integration weisen und es damit in ein Bündnis der politischen Sicherheit führen. Nicht von ungefähr wies Außenminister Skubiszewski in seiner Rede vom 22. Februar 1990 auf dem VI. Deutsch-Polnischen Forum in Posen angesichts der sich abzeichnenden staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands auf folgenden Grundzusammenhang hin: „Wir müssen eine deutsch-polnische Interessengemeinschaft aufbauen [...]. Diese wird ein wichtiger Bestandteil der internationalen Ordnung im sich vereinigenden Europa sein. Ohne die deutsch-polnische Zusammenarbeit wird es dieses Europa nicht geben.“

Auch der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag von 1991 bestätigte mit völkerrechtlicher Wirkung das strategische Ziel Polens, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden: „Mit dem Abschluss eines Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Republik Polen legen die Europäischen Gemeinschaften, ihre Mitgliedsstaaten und die Republik Polen die Grundlage für eine politische und wirtschaftliche Heranführung der Republik Polen an die Europäische Gemeinschaft. Die Heranführung wird von der Bundesrepublik Deutschland ihm Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften gefördert.“

Nach Abschluss des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags tat man von beiden Seiten zunächst recht viel, um dem Axiom der „Interessen-

gemeinschaft“ ein festes Fundament zu verleihen: Das „Grenzproblem“ wurde ein für alle Mal behoben – das vereinigte Deutschland bestätigte, dass die deutsch-polnische Grenze aus völkerrechtlicher Sicht endgültig sei. Darüber hinaus fand man Garantien für den Rechtsstatus nationaler Minderheiten und schuf geeignete Grundlagen für die Entwicklung gutnachbarschaftlicher Beziehungen auf allen Gebieten. Am wichtigsten war jedoch, dass Polen der Weg in die Atlantische Allianz und die Europäische Union geebnet wurde.

In den Jahren bis zur Erlangung der EU-Mitgliedschaft am 1. Mai 2004 bewiesen die Regierenden in Warschau große Entschlossenheit bei der Realisierung dieses strategischen Zieles, das von einem politischen Grundkonsens im Lande getragen wurde. Die Bundesrepublik wurde dabei zu Recht als „Anwalt“ Polens auf dem Weg in die EU bezeichnet, da sie dieses strategische Ziel über die teilweise unterschiedlichen Interessen auf einzelnen Feldern der bilateralen Beziehungen zu stellen vermochte.

In jüngster Zeit häufen sich jedoch die Stimmen, die auf die Idee der deutsch-polnischen „Interessengemeinschaft“ zugunsten von partikularen nationalen Interessen verzichten möchten. Aber gerade diese „Interessengemeinschaft“ bildete ja den Ausgangspunkt für die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland nach 1989 und war zugleich eines der Fundamente der neuen polnischen Außenpolitik unter Mazowiecki und Skubiszewski. Einige behaupten immerhin nicht ohne Wohlwollen,

„Das Jahr 1989 hat endgültig gezeigt, wie sehr die fundamentalen Interessen von Polen und Deutschen untrennbar miteinander verwoben sind“

dass diese edle Konzeption nun ganz der Vergangenheit angehöre. Kritiker werfen dem Axiom der „Interessengemeinschaft“ hingegen vor, dass es der polnischen Staatsräson aufgrund der einseitigen Bevorzugung deutscher Interessen nur geschadet habe. Derartigen Einschätzungen möchte ich entschieden widersprechen. Nach meiner Überzeugung sollte man sich von ephemeren Erscheinungen der Realpolitik und populistischen Tendenzen der Tagespolitik nicht den Blick auf das Ganze verstellen lassen. Das Jahr 1989 hat zu einem politischen Paradigmenwechsel von strategischer Bedeutung für den gesamten europäischen Kontinent geführt und hat insbesondere auch der Politik Polens und seinen Beziehungen zu Deutschland neue Wegweiser an die Hand gegeben. Der gemeinsame Nenner dieser Beziehungen bleibt auch weiterhin das, für was man in meinem Land nach 1945 jahrzehntelang gekämpft hat – dass Polen untrennbar der demokratischen Staatengemeinschaft des Westens an-

gehört, deren marktwirtschaftliche Strukturen auf dem Schutz des Privateigentums basieren, wobei die kulturelle Vielfalt und die gemeinsamen Werte dieser Staatengemeinschaft im christlichen Erbe wurzeln.

Sehr geehrte Damen und Herren, Jubiläumsveranstaltungen – wie die heutige am 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in Europa – dienen auch dazu, zukunftsweisenden Reflexionen Aufmerksamkeit zu widmen. Ich bin – wie auch die Ältesten unter Ihnen – Vertreter einer Generation, die alle Konsequenzen des Totalitarismus erfahren hat. Wir in den sogenannten ehemaligen Ostblockländern haben Nationalsozialismus und Kommunismus mit ihren schlimmsten Abartungen erlebt und mit Millionen Menschenleben, Versklavung, ökonomischer Rückentwicklung, Isolierung und Absonderung von der europäischen Völkerfamilie bezahlt. Das, was heute für einen Teil von jüngeren Zuhörern bei dieser Veranstaltung etwas Selbstverständliches ist – Demokratie, Menschenrechte, Reisefreiheit, die Wahl in jedem Teil Europas oder der Welt zu studieren – das war das erhoffte Ziel meiner Generation. Die Mitgliedschaft in der NATO und in der EU, gute Nachbarschaft und eine solide Verständigung zwischen den Polen und Deutschen, dies alles sollte die Erfüllung von unseren Aufgaben sein. Umso mehr wissen wir, wie wichtig es ist, einer gemeinsamen Werte- und Friedensordnung anzugehören. Die universellen europäischen Grundgedanken sind bereits in der Idee Europas formuliert: verstanden als eine gemeinsame Verwirklichung wirtschaft-

licher und politischer Ziele. Als Ablehnung jedes totalitären Systems, als Streben nach einer friedlichen Gemeinschaft und nach einem gemeinsamen Aufbau des wirtschaftlichen Wohlstands.

Chauvinismus, Größenwahn, Xenophobie und nationaler Egoismus sind den Europäern häufig genug begegnet. Die Konstruktion und Funktionsweise der Europäischen Union gewährt uns die Möglichkeit, in deren Versuchung nicht mehr zu geraten oder zumindest Mechanismen zu entwickeln, die uns erlauben, ähnlichen Gefahren rechtzeitig vorzubeugen. Hier sehe ich nach wie vor eine wichtige Aufgabe für die demokratischen Parteien, die Medien aber auch die Kirchen: eine stärkere Einbeziehung der Europäer in den gemeinsamen Lebensraum, die Erziehung der Menschen zum verantwortungsbewussten Handeln, zu menschlicher Solidarität, zum Nachdenken und zur Nächstenliebe. So kann es gelingen, den mancherorts noch immer existierenden homo sovieticus zu verjagen und den besten Weg zur weiteren Einigung Europas zu finden. Das alles haben wir uns doch vor zwanzig Jahren gewünscht. Danke!

Herausgeber: Landtag Brandenburg, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Herstellung: Druckerei Arnold, Großbeeren

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G

Landtag Brandenburg

Am Havelblick 8, 14473 Potsdam

Telefon 0331 966-0

Fax 0331 966-1210

post@landtag.brandenburg.de

www.landtag.brandenburg.de